

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-32

Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zur Tagung von IWF und Weltbank: Bundesregierung ohne Konzept für die Dritte Welt.

Seite 1

Magdalene Hoff MdEP zur Lehre aus der Währungsspekulation gegen das EWS: Europäischer Stillstand ist Rückschritt.

Seite 3

Wolfgang Weiermann MdB zum Verkauf der Stahlwerke Brandenburg an den italienischen Familienkonzern Riva: Ein Kuckucksei der Treuhand.

Seite 4

Brigitte Adler MdB zum Bemühen, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen: Druck hilft auch gegenüber dem Sudan.

Seite 5

Dr. Eike Leonhard MdB zum SPD-Parteitag vor 80 Jahren, dem letzten unter der Regie des bedeutenden Vorsitzenden: Bebel in Chemnitz.

Seite 6

47. Jahrgang / 180

18. September 1992

Bundesregierung ohne Konzept für die Dritte Welt Zur Tagung von IWF und Weltbank

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn sich am Samstag die führenden Industrienationen im Kreis der G7 treffen, werden die Weichen gestellt für die Entscheidungen auf der diesjährigen Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington. Und diese Entscheidungen sind von existentieller Bedeutung für viele der armen und hochverschuldeten Länder in Ost und Süd.

Wie ernst die Lage nicht nur in den ärmsten Regionen ist, sagen nüchterne Zahlen über die hohe Verschuldung der Dritten Welt, die unzureichenden Investitionen, die andauernde Bevölkerungsexplosion, die fortschreitende Umweltzerstörung, die vor allem in Afrika und Teilen Asiens grassierende Armut.

Demgegenüber stehen andere Zahlen, Kredite in Milliardenhöhe, die von den Industrieländern in die Länder der Dritten Welt und nach Osteuropa fließen. Diese Gelder, als Hilfe zum Aufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung deklariert, waren keine Almosen oder Wiedergutmachung für Genozide, Sklaverei und Schäden durch den Kolonialismus, sondern trugen als öffentliche und private Kredite maßgeblich zu dieser negativen Entwicklung in der Dritten Welt bei. Die vielen "weißen Elephanten", die Fabriken, Straßen, Prestigebauten, Waffenarsenale, die dort oft nichts zur Entwicklung beigetragen haben, wurden nicht nur von Diktatoren und oft korrupten Eliten in der Dritten Welt bestellt. Die Verträge dazu tragen auch immer die Unterschrift westlicher und deutscher Experten, Banken und Minister.

Die Entwicklungsländer waren 1991 international insgesamt mit 1.347,9 Milliarden US-Dollar verschuldet, davon mit 777,9 Milliarden US-Dollar gegenüber privaten Gläubigern. Die Länder Afrikas, wo sich heute Millionen Menschen gegen Tod durch Armut, Hunger und kriegerische Auseinandersetzungen wehren müssen, haben einen Anteil von 227,1 Milliarden US-Dollar. Und die Länder Afrikas müssen daraus einen jährlichen Schuldendienst leisten, der sage und schreibe 49,7 Prozent ihrer öffentlichen Ausgaben beträgt. Was Wunder, wenn diese Länder sich keine Bildung, Gesundheitsvorsorge und Investition in die eigene Ernährung mehr leisten können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinster Umgang
mit maximaler Recycling-
Rate



Ohne eine Lösung der Verschuldungskrise der Dritten Welt und auch der "Zweiten Welt" - die zunehmend in den Status der Dritten Welt abrudelt - und ohne verstärkte Initiativen zur Entwicklung und Vorsorge wird es für diese Regionen und diese Länder keine Hoffnung auf eine eigenständige Entwicklung ihrer Wirtschaft und ihrer Gesellschaft, auf den Erhalt der Umwelt und auf Frieden im eigenen Land und in der Region geben.

Deshalb fordert die SPD ein umfassendes Konzept zur Senkung der Schuldendienste der Dritten Welt. Zins- und Tilgungsleistungen müssen an die mittelfristige Leistungs- und Transferfähigkeit der Schuldnerländer angepaßt werden, wobei natürlich auch soziale und ökologische Kriterien herangezogen werden müssen.

Bedingungen für Schuldenerlasse und Zinsereicherungen sollten mit den Schuldnerländern als umfassende politische und wirtschaftliche Reformprogramme vereinbart werden, die über die nur kurzfristig und ökonomisch orientierten Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank weit hinausgehen und damit die Chance für langfristige ökonomische und soziale Entwicklung bieten. Entscheidend ist dabei, daß die Privatbanken stärker in ein Konzept zum Abbau der Schuldenlast aktiv einbezogen werden. Denn die privaten Kredite belasten die Entwicklungsländer am meisten wegen der Hochzinsen und kurzen Tilgungsfristen. Es muß geprüft werden, die Abschreibung dubioser Forderungen auszusetzen, um die Privatbanken zu einer besseren Kooperation zu bewegen. Wer auf Kosten des Steuerzahlers Forderungen abschreibt, darf nicht beiseite stehen, wenn es gilt, die Ursachen von Not und Flucht zu bekämpfen.

In die September-Beratungen von IWF und Weltbank geht die Bundesregierung wieder ohne ein wirkliches Entschuldungs- und Entwicklungskonzept. Und Kritik an der Kredit- und Schuldenpolitik von IWF und Weltbank wird in der Bundesregierung ignoriert.

Entwicklungsminister Spranger stellt die internationale Schuldenstrategie nicht in Frage. Er vertritt widerspruchslös die Strukturanpassungsprogramme, die zu krasser sozialer Not geführt haben, anstatt - auch aus im geeinten Deutschland gewonnenen Erfahrungen - das ganze Gewicht eines der größten Geberländer einzusetzen, um die katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen der nur auf kurzfristiges ökonomisches Wachstum orientierten Strukturanpassung durch gezielten Schuldenerlaß und Erhöhung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (IDA) zu bessern.

Die Bundesregierung hat im Pariser Club einigen Umschuldungen für Handelskredite zwar zugestimmt und will öffentliche Schulden reduzieren, wenn diese Mittel für Umweltschutz eingesetzt werden. Was hier angekündigt wird, ist jedoch quantitativ wiederum nur ein Tropfen auf den heißen Stein und betrifft nicht die größte Last - die privaten Schulden. Hier mogelt sich die Bundesregierung immer noch aus der Verantwortung.

Die liberal-konservative Regierung rechnet sich durch Minister Spranger sogar einen Schuldenerlaß als Verdienst an, der zur Hälfte noch von der Regierung Schmidt gewährt wurde. Spranger macht aber keinen Vorschlag, wie eine Reduzierung der Bankschulden oder ein umfassender Rückkauf von Schulden durch möglichst viele Länder erreicht werden kann. Der von ihm genannte Schuldenreduzierungsfonds der Weltbank von 100 Millionen US-Dollar ist lächerlich klein. Er kann nur wenigen Ländern helfen.

Es ist dringendes politisches Gebot, daß sich die Bundesregierung auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank massiv für wirkliche Fortschritte zum Abbau der drückenden Schuldenlast im Süden und Osten einsetzt und dabei die Forderungen der privaten Banken einbezogen werden.

Neben gezielten Schuldenerlassen mit umfassenden langfristigen Reformprogrammen und Entwicklungsinvestitionen, neben einer strukturellen Senkung der Hochzinsen, an der nach den USA heute die Bundesrepublik mit ihrem internen eigenen Schuldendesaster die Hauptverantwortung trägt, neben einem Durchbruch zum Abbau des Protektionismus muß endlich in Washington eine wirkliche entwicklungspolitische Offensive für Afrika und andere Notstandsgebiete eingeleitet werden.

Breite Bildung, Dämpfung des Bevölkerungswachstums, ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaften, konsequenter Umweltschutz und bessere Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie bedürfen verstärkter Eigenanstrengungen in den Entwicklungsländern. Diese dürfen aber nicht dadurch konterkariert werden, daß Protektionismus, Hochzinspolitik, Waffenexporte und völlig unrealistische Zins- und Tilgungsforderungen des Nordens eigene Entwicklung im Süden und Osten geradezu abwürgen - also Not, Gewalt und Flucht befördern.

Überheblichkeit und unrealistische Vorschriften für Politik und Wirtschaft, die die Industrieländer selbst nicht einhalten, sind keine adäquaten Mittel im Kampf gegen die Armut in der Welt.

(-/18. September 1992/rs/ks)

Europäischer Stillstand ist Rückschritt Zur Lehre aus der Währungsspekulation gegen das EWS

Von Magdalene Hoff MdEP

Wenige Tage vor dem französischen Referendum hat uns die Währungsspekulation exemplarisch vorgeführt, daß wir ein klares politisches Votum zur Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft brauchen. Europäische Orientierungslosigkeit führt zu spekulativem Chaos und gefährdet den wirtschaftlichen Wohlstand.

Festzustellen ist:

- das europäische Währungssystem hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Wechselkursstabilität garantiert.
- Damit hat es mit dazu beigetragen, daß die Länder der EG die wirtschaftliche Stagnation der frühen achtziger Jahre überwinden konnten und Millionen neuer Arbeitsplätze in der EG geschaffen wurden.
- Diese ökonomische Entwicklung wurde unterstützt und ermöglicht durch klare Vorgaben bei der europäischen Integration, die mit den Stichworten Binnenmarkt und einheitliche Akte umschrieben werden.

Durch das negative Ergebnis des dänischen Referendums zu den Maastrichter-Verfassungsänderungen und noch stärker durch die kontroverse Diskussion im Verlauf des französischen Referendums, sowohl in Frankreich als auch in den anderen Mitgliedstaaten, wurde das Vertrauen in die europäische Integration jedoch erschüttert.

Dies hat nicht nur zur Folge, daß Unsicherheiten über die europäische Zukunft bestehen, sondern daß auch das bisher Erreichte gefährdet wird. Europäischer Stillstand ist Rückschritt. Dies ist die Lektion welche uns die Währungsspekulation gegen das EWS erteilt.

Bereits nach dem dänischen Nein geriet die DM unter erheblichem Aufwertungsdruck. Die Spekulation wandte sich dann gegen die Lira und das Pfund. Natürlich gibt es ökonomische Faktoren, die zur Begründung eines "Realignements" herausgezogen werden können:

- Die politischen Unsicherheiten und die höhere Inflation in Italien.
- Die schwerwiegende Rezession und die verfehlte Wirtschaftspolitik in Großbritannien.

Diese ökonomischen Grunddaten sollten aber den Blick nicht davor verstellen, daß es die enormen Profite sind, die bei politischen Unsicherheiten, Währungsspekulation anheizen. Wer auf die Pfundabwertung spekuliert hat, konnte in den letzten Tagen auf Jahresbasis umgerechnet über 300 Prozent Gewinn erzielen. Wen wundert es, daß bei solchen Gewinnchancen Spekulanten und Finanzinstitutionen mit Milliardenbeträgen zugreifen. Die Deutsche Bundesbank

mußte zum Beispiel innerhalb einer Woche Lira im Werte von über 20 Milliarden DM aufnehmen.

Die Schlußfolgerung aus den Währungsturbulenzen der letzten Tage ist, daß die europäische Währungsintegration verstärkt werden muß. Mit halbherzigen Bemühungen und vieldeutigen Signalen der Politik und der Währungsexperten wird die Spekulation nur angeheizt. Die Märkte brauchen das klare politische Signal, daß es die EG mit der Währungsunion ernst meint.

Ein Rückfall in eine Periode währungspolitischer Unsicherheiten mit negativen Auswirkungen auf Handel, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit können sich die Länder der EG inmitten einer weltwirtschaftlichen Rezession nicht leisten.

(/18. September 1992/rs/ks)

Ein Kuckucksei der Treuhand

Zum Verkauf der Stahlwerke Brandenburg an den italienischen Familienkonzern Riva

Von Wolfgang Weiermann MdB

Nach der Entscheidung über den Verkauf der Stahlwerke Brandenburg an den italienischen Familienkonzern Emilio Riva ging ein großes Aufatmen durch die Öffentlichkeit - die Erleichterung über die versprochenen Investitionen und den Erhalt der Arbeitsplätze in Brandenburg war groß genug, um einige "Kleinigkeiten" zu übersehen. Schließlich garantierten die Italiener angeblich, wie die Treuhand als Ergebnis ihrer Verhandlungen mit dem Konzern bekanntgab, 1.400 Arbeitsplätze, die Übernahme von 60 Lehrlingen, eine umweltgerechte Modernisierung der Anlagen und Investitionen von 80 Millionen DM in den nächsten drei Jahren. Folgerichtig stellte ein Redner der CDU/CSU in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages "Zur Politik der Treuhandanstalt in Bezug auf die Stahlindustrie in den neuen Bundesländern" am 6. Dezember 1991 die rhetorisch gemeinte Frage: "Was ist eigentlich so schlimm am...Zuschlag der Stahlwerke Brandenburg und Henningsdorf an den...Riva-Konzern?"

Nun, fast ein Jahr später, dürfte er es wissen. Spätestens nach dem Hintergrundbericht der "Frankfurter Rundschau" vom 9. September dieses Jahres ("Außer dem Tarif halten diese Italiener nichts ein") bestätigt sich, wovor ich schon im Dezember 1991 in der Aktuellen Stunde gewarnt habe: Ein kaum zu kontrollierendes Unternehmensgebilde, in dem der Patriarch Emilio Riva schaltet und waltet, wie's ihm beliebt. Genauso rücksichtslos wie sich Riva von unattraktiven Firmenteilen zu trennen pflegt mißachtet das Management auch elementare Vorschriften der Montanmitbestimmung. Bis heute läßt die Geschäftsführung, wie die "Rundschau" berichtet, die Arbeitnehmervertreter darüber im unklaren, wie die wirtschaftliche Lage des Unternehmens aussieht. Und die ist möglicherweise alles andere als solide. Schon im letzten Jahr haben kritische Stimmen den Verdacht geäußert, daß es Riva primär um Spekulationsgewinne aus den aufgrund der Nähe zu Berlin überaus attraktiven 3,7 Millionen Quadratmetern Betriebsgelände gehen könnte. Das bisherige Verhalten des Mailänder Konzerns widerlegt diesen Verdacht nicht gerade.

Skandalös ist die Politik der Treuhand, die all dies erst möglich macht. Was hat die Treuhand zu verbergen, daß sie den Vertrag bis heute nach Angaben der "Frankfurter Rundschau" unter Verschuß hält und als Geheimsache behandelt? Stimmt es, daß das Brandenburger Stahlwerk zu einem Schleuderpreis an Riva verkauft wurde? Und was hat es mit den Sonderkonditionen auf sich, von denen die Rede ist? Was für ein Stück wird da eigentlich gespielt?

Der eigentliche Skandal aber ist die Stahlpolitik der Bundesregierung! Ich habe dies seinerzeit vor dem deutschen Bundestag gesagt, und ich wiederhole es noch einmal: Dies ist keine auf den zukünftigen Wettbewerb, ist keine auf Überlebensfähigkeit ausgerichtete Industriepolitik. Ich vermisste den Willen der Bundesregierung, der deutschen Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb eine Chance zu sichern. Wir wollen nicht, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer ein weiteres Mal für diese Politik den Buckel hinhalten müssen! Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß die Montanmitbestimmung weiter ausgehöhlt wird.

(-/18. September 1992/rs/ks)

Druck hilft auch gegenüber dem Sudan
Zum Bemühen, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen

Von Brigitte Adler MdB

Druck bewegt etwas, auch im Falle des Sudan: Die regierende Militärjunta versteht sich mittlerweile als Übergangsregierung. Die vollständige Einstellung der Hilfe, mit der die westlichen Länder auf die mit brutalsten Mitteln durchgeführte Zwangsislamisierung der im Süden lebenden Stämme, wie auch die permanenten Menschenrechtsverletzungen und politischen Repressionen reagierten, hat ihren Zweck zwar noch nicht erfüllt, doch die Generäle in Khartoum offensichtlich zum Nachdenken bewogen.

Der Bürgerkrieg, in dem der islamisch-arabische Norden gegen die christlich-animistischen Stämme des Südens vorgeht, sowie die damit verbundene zwangsweise Islamisierung und die wirtschaftliche Blockade gegenüber dem Süden müssen sofort beendet werden. Dies sind die Grundvoraussetzungen für die erneute Gewährung technischer und finanzieller Hilfe des Westens für dieses afrikanische Land. Ein föderales und mit Autonomieregelungen versehenes System erscheint als geeignetes Modell, die innerstaatlichen Widersprüche der durch die von den Kolonialmächten vorgenommenen willkürlichen Grenzziehungen von vornherein belasteten Beziehungen der verschiedenen Volksstämme zu beenden und zukünftig zu verbessern. Die Einhaltung der Menschenrechte und der Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen sind unerlässlich und müssen deshalb auch weiterhin von der Völkergemeinschaft eingefordert werden. Dies gilt nicht nur im Falle des Südkonfliktes, sondern allgemein, denn auch im Norden des Sudan sind politische Repression und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

Die Gespräche mit verantwortlichen Politikern des Sudan ergaben in der Sache keine Übereinstimmung in der Einschätzung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Situation. Zwar wissen auch die Generäle, daß der Bürgerkrieg das Land finanziell überfordert, die Schuld wird jedoch pauschal dem Süden zugeschoben. An die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystemes wird ebensowenig gedacht wie an die Abhaltung von demokratischen Wahlen. Die Lage der Menschenrechte und die nicht gewährte politische Partizipation geben deshalb nach wie vor keinen Anlaß, die von der sudanesischen Regierung erbetene technische und finanzielle Hilfe wieder aufzunehmen. Davon unberührt bleiben müssen jedoch die von deutscher Seite betriebenen Hilfsprojekte für die im Sudan lebenden Flüchtlinge aus Äthiopien und Eritrea.

Bei aller berechtigten Kritik an der Politik der Militärs muß allerdings auch positiv vermerkt werden, daß der Sudan die aus Äthiopien, vor allem aber aus Eritrea stammenden 1,6 Millionen Flüchtlingen im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt. Die Hilfe des UNHCR kommt an, und die Arbeit wird nicht behindert. Die anstehende Repatriierung jedoch können weder der Sudan noch Eritrea bzw. Äthiopien alleine bewerkstelligen. Auch hier ist die UNO mit ihren dafür zuständigen Organisationen UNHCR und UNDP gefordert. Vor Ort im Sudan jedoch arbeiten diese beiden Organisationen, wie auch die betreffenden Länder, in dieser Frage mehr gegeneinander als miteinander; ein Problem, das durchaus gelöst werden kann und im Interesse der Flüchtlinge auch gelöst werden muß.

(-/18. September 1992/rs/ks)

Bebel in Chemnitz

Zum SPD-Parteitag vor 80 Jahren, dem letzten unter der Regie des bedeutenden Vorsitzenden

Von Dr. Elke Leonhard MdB

Im September 1912, acht Monate nach dem sensationellen Erfolg der SPD bei den Reichstagswahlen, versammelten sich 409 Delegierte in Chemnitz. Ein umfangreiches Programm mit zentralen Themen wie Imperialismusfrage, Maifeler, Auswertung der Reichstagswahlen und Reorganisation der Parteistruktur mußte beraten und zahlreiche Beschlüsse gefaßt werden. Würde die Imperialismusfrage nach einem Bericht von Haase - der Bebel kurze Zeit später im Amte des Vorsitzenden folgen sollte - einmütig und mit klaren Worten wie "die Sozialdemokratie bekämpft imperialistische und chauvinistische Bestrebungen auf das nachdrücklichste" be-
dacht, so kommt es in der Auswertung der Reichstagswahl beim Thema Stichwahlabkommen zu harten Auseinandersetzungen.

Warum? Bei den Reichstagswahlen vom 12. Januar 1912 erhielt die SPD 4.250.329 Stimmen und wurde mit 34,8 Prozent stärkste Partei. Bei den Hauptwahlen gelang es der Sozialdemokratie 64 Mandate zu erobern. In 124 Kreisen stand sie in der Stichwahl. Umstritten war das darauffolgende Abkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei. Man beschloß die Unterstützung bei den Stichwahlen. Ein - wie sich zeigte - umstrittener Punkt war unter anderem die Stichwahlparole "die politische Situation macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, den schwarz-blauen Block zu zertrümmern".

Dennoch: der Parteitag im sächsischen Chemnitz war ein Arbeitsparteitag. Von der Fraktion erwartete man unter anderem durchgreifende Maßnahmen gegen die zunehmende Teuerung. Auch ein neues Organisationsstatut wurde beschlossen. Ein Statut, dessen wesentliche Neuerung in der Bildung eines Parteiausschusses - zusammengesetzt aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesverbände - bestand.

Bei 454 gültigen Stimmen wurden A. Bebel mit 452 und H. Haase mit 438 Stimmen als Vorsitzende gewählt. Der große Sozialdemokrat wird noch elf Monate im Amt sein. Chemnitz war sein letzter Parteitag. Wenige Monate nach Babels Tod schrieb K. Kautsky an V. Adler: "Es herrscht in der Partei ein allgemeines Unbehagen, ein unsicheres Suchen und Tasten nach neuen Wegen, die Empfindung, es müsse etwas geschehen, ist allgemein".

(/18. September 1992/rs/ks)
